

Bericht für das AMTSBLATT KW 30 vom 29. Juli 2016
Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderats
Gemeinderatssitzung vom 26.07.2016

Im öffentlichen Teil der Sitzung ging es um den Finanzausschussbericht und den Beteiligungsbericht, die Auflösung des Eigenbetriebs, die Feuerwehrkostenerstattungssatzung, den Sachstandsbericht zum Stadtarchiv, die Vergabe der Bauarbeiten in der Brühlstraße und der Dieter-Rams-Straße sowie die Beauftragung der Ingenieurleistungen in der Gmünder Straße, den geplanten Pumptrack, die Wahl der Mitglieder des Ausschusses „Stiftung Heubach“ und die Annahme von Spenden.

Die anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste sechs Tagesordnungspunkte.

Bürgerfragestunde

- Frau Heindl hatte als Anwohnerin der **Brühlstraße** Fragen zu den **Erschließungsbeiträgen** und vorhandenen **Bebauungsplänen** im Hinblick auf eine Verrechnung bereits gezahlter Anliegerbeiträge für den Pfarrgarten. Sie fragte außerdem hinsichtlich der Höhe des von den Anliegern zu übernehmenden Anteils nach, der gemäß den Regelungen des Baugesetzbuches 90% und nicht 95% betrage.

Bürgermeister Frederick Brütting bejahte das Vorhandensein eines Bebauungsplans für den Pfarrgarten und wies darauf hin, dass es sich um verschiedene Erschließungsanlagen handle, die nichts miteinander zu tun haben und dass mit dem Baubeschluss (Bauprogramm und technisches Ausbauprogramm – Gemeinderatssitzung vom 28.06.2016) die Grundlagen für die Abrechnung der Erschließungskosten geschaffen worden seien.

Verbandskämmerer Kiwus hob in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Unterschied zwischen Erschließungsbeitrag (= Straßenerschließungsbeitrag nach endgültiger Herstellung der Straße) und Anschlussbeiträgen (= Klär-, Kanal- und Wasserversorgungsbeitrag gemäß der Abwasser- bzw. Wasserversorgungssatzung der Stadt Heubach) ab. Er wies außerdem darauf hin, dass seit 2014 das Kommunalabgabengesetz Baden-Württembergs gilt, das die Grundlage der Erschließungsbeitragsatzung der Stadt Heubach darstellt. Damit ist die Stadt verpflichtet, Erschließungsbeiträge in Höhe von 95% der abrechnungsfähigen Kosten zu erheben.

- Herr Schlumpberger fragte nach, weshalb **Dauerkartenbesitzer im Freibad** aufgefordert werden, bei jedem Besuch ihre Karte vorzulegen; gleiches gelte für die Herausgabe der Schlüssel für die Dauerkabinen. Außerdem wollte er wissen, was es mit der **Umstellung von Glasflaschen und Gläsern** auf PET Flaschen und Plastikbecher auf sich habe. Herr Schlumpberger regte zudem an, zum 80jährigen Bestehen des Freibads in diesem Jahr ein entsprechendes Fest vorzusehen.

Hierzu erklärte der Vorsitzende, dass es ein korrektes Vorgehen sei, dass die Dauerkarten vorgezeigt werden müssen; vor allem die Kabinen seien vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Eine Umstellung auf PET-Gebinde sei nicht geplant. Eine Veranstaltung zum Jubiläum des Freibads werde in der Verwaltung besprochen.

- Herr Posch fragte als Anwohner der Mögglinger Straße nach dem **Resultat der Gespräche mit dem Landratsamt in Bezug auf die Lärmreduzierung** im Rahmen der Lärmaktionsplanung und wunderte sich über die fehlende Information der Bürger über eine entsprechenden Berichterstattung in Presse und/oder Amtsblatt. Zudem interessierte er sich für die Auswahlkriterien für die Sanierung der Schachtdeckel in der Mögglinger Straße.

Bürgermeister Brütting erklärte, dass noch kein Gespräch mit dem LRA stattgefunden hat, da nach dem Beschluss in der letzten Gemeinderatssitzung zunächst der Plan durch das Ingenieurbüro Dr. Brenner ausgearbeitet werden muss, aktuelle Lärmwerte eingearbeitet und eine Umrechnung auf LRS 90 Werte erfolgen müssen. Demnach habe es keinen Anlass zur Berichterstattung gegeben. Er ergänzte, dass die parallel zum Lärmaktionsplan von verschiedenen Anliegern beim LRA gestellten Anträge auf lärmreduzierende Maßnahmen einzeln vom LRA beschieden werden. Nach der im Anschluss an die GR-Sitzung im Juni erfolgten Verkehrsschau scheint hier eine Ablehnung wahrscheinlich. Es sei auch aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll, Einzelmaßnahmen vorzuziehen.

Zur Kanaldeckelsanierung stellte Herr Ammon vom Stadtbauamt fest, dass man sich bei der Auswahl mit dem beauftragten Bauunternehmen auf zwölf häufig überfahrene Deckel konzentriert habe, die nun höher gesetzt werden. Bürgermeister Brütting sagte zu, dass bei berechtigtem Bedarf auch weitere Kanaldeckel berücksichtigt werden können.

Finanzzwischenbericht 2016

Verbandskämmerer Thomas Kiwus konnte dem Gremium einen positiven Zwischenbericht geben – die finanzielle Situation hat sich für Heubach aufgrund verschiedener Parameter im ersten Halbjahr sehr gut entwickelt: Geschätzte Mehreinnahmen in Höhe von rund 120.000 € gemäß der Mai-Steuerschätzung auf Bundesebene (Umsatzsteuer, Familienausgleich, Einkommensteuer, Kopfbeitrag), Grundstückerlöse bereits zu einem Drittel erzielt sowie ein überplanmäßiges Gewerbesteueraufkommen von rund einer Million Euro (Ansatz 2,3 Mio. €, derzeit 3,3 Mio. €). Hinsichtlich der Gewerbesteuer als „unsteter Einnahmequelle“ betonte Herr Kiwus, dass am Ende der Stand zum 31.12. zähle und es sich bei den derzeitigen Zahlen um eine „Schlaglichtaufnahme“ handle. Auf der Ausgabenseite sei „alles im Lot“ – hier haben sich kaum Veränderungen ergeben. Zielvorgabe für das Jahr 2016 sei der Verzicht auf die geplante Kreditaufnahme von rund 1,12 Millionen Euro im Kämmereihaushalt.

Der Gemeinderat nahm den Finanzzwischenbericht **zur Kenntnis**.

Beteiligungsbericht 2014 für die Stadt Heubach

Frau Karin Burkhardt (VG-Kämmerei) stellte dem Gemeinderat erstmalig einen Bericht über die verschiedenen Beteiligungen der Stadt Heubach an Unternehmen in privater Rechtsform (Eigenbetrieb Infrastruktur und Energie, Städtische Wohnbau GmbH) und deren Geschäftsentwicklungen vor. Über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen (gemäß §§ 105 ff. der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg) hinaus, wurde in den Bericht die Darstellung des Abwasserzweckverbandes Lauter-Rems und der Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein (beide in öffentlich-rechtlicher Rechtsform) aufgenommen. Der Bericht wird künftig einmal jährlich vorgelegt werden, einen transparenten Überblick über die städtischen Beteiligungen bieten und somit ein weiteres Instrument der Entscheidungsgrundlagen des Gemeinderats darstellen.

Der Beteiligungsbericht wurde vom Gemeinderat **zur Kenntnis genommen**. Die Erstellung des Beteiligungsbericht 2014 wird ortsüblich bekannt gegeben und an sieben Tagen öffentlich ausgelegt.

Auflösung Eigenbetrieb Infrastruktur und Energie

Wie im Januar vom Gemeinderat beschlossen, wurde von der Verwaltung eine Stellungnahme der Gemeindepflegschaft (GPA) eingeholt und dem Gremium dargelegt. Die GPA hob vor allem auf die Thematik der Transparenz ab, die nach ihrer Auffassung bei der Auflösung des Eigenbetriebs nicht mehr in dem Umfang wie bisher gegeben sei.

Das Gremium war sich weitestgehend einig, dass die Gründe für eine Auflösung des Eigenbetriebs (keine wirtschaftlichen Vorteile mehr im Hinblick auf die Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen - Veränderung der Rahmenbedingungen, hoher Arbeitsaufwand und Personalkosten - demgegenüber Arbeitsvereinfachung und Nutzung von Synergieeffekten) den Einwand der GPA hinsichtlich der Transparenz (nach Meinung von Verwaltung und den meisten Stadträten weiterhin gegeben bzw. sogar erhöht) überwiegen und beschloss **mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen von StRätin Christine Sommer und StR Günther Lux**, den Eigenbetrieb zum 31.12.2016 aufzulösen. Die finanzielle Rückabwicklung soll im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2016 vorgenommen werden, entsprechende Bilanzpositionen werden aufgelöst und in den Kämmereihaushalt zurückgeführt werden.

Satzung über den Kostenersatz der Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr - Neufassung

Frau Monika Löhn (VG-Kämmerei) stellte dem Gremium die wesentlichen Eckpunkte der - aufgrund der zum 30.12.2015 in Kraft getretenen Änderung des Feuerwegesetzes Baden-Württemberg (FwG) notwendigen - Neufassung der Satzung über den Kostenersatz der Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr vor. In § 34 FwG wird die Kalkulation der Kostenersätze für Feuerwehreinsätze neu geregelt – anstelle von betriebswirtschaftlichen Ansätzen gilt ein zweigeteilter Kostenersatz, der in getrennten Stundensätzen für Einsatzkräfte und Feuerwehrfahrzeuge erhoben wird. Dadurch werden in pauschaler Form alle laufenden Kosten der Feuerwehr abgegolten. Frau Löhn wies darauf hin, dass abweichende Regelungen bei der Festsetzung von Kosten nicht zulässig sind. Zur Gewährleistung von Gleichbehandlung und Transparenz sowie zur Verwaltungsvereinfachung wird der Kostenersatz in der Regel durch Satzung geregelt und nicht jeder Fall einzeln abgerechnet.

Das Gremium beschloss gemäß der entsprechenden rechtlichen Grundlagen (GemO B-W, FwG B-W sowie Kommunalabgabengesetz) **einstimmig** die Neufassung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Heubach.

Sachstandsbericht Stadtarchiv

Der Stadtarchivar Dr. Michael Hensle gab dem Gemeinderat einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit für das „Gedächtnis der Stadt“ - seit vergangenem Herbst sichtet, ordnet, digitalisiert und registriert er in Lautern die vorliegenden Archivarien. Von den rund 230 laufenden Meter aufzubereitender Materialien seien quantitativ rund ein Drittel in der neuen Datenbank erfasst (aktuell rund 3.300 Verzeichniseinheiten). Die Erschließung der Registratur sollte bis Sommer/Winter 2017 abgeschlossen sein. Danach stehe eine „vernünftige Archivnutzung“ mit Besucherarbeitsplätzen und Öffentlichkeitsarbeit an. Dr. Hensle hob hervor, dass es sich gemäß Landesarchivgesetz bei der Pflege des Stadtarchivs um

eine Pflichtaufgabe der Gemeinde handelt und betonte, dass der Standort in Lautern aus „archiv-technischer Sicht“ nicht optimal sei – zu eng, zu warm und zu feucht seien die Räumlichkeiten. Sein Wunschstandort für das Archiv sei das Heubacher Schloss.

Bürgermeister Brütting fügte abschließend hinzu, dass anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Archivs eine Veranstaltung geplant ist und über einen Umzug des Archivs zu gegebener Zeit der Gemeinderat entscheiden wird.

Brühlstraße - Vergabe der Bauarbeiten

Manfred Ammon vom Stadtbauamt stellte die Maßnahme Brühlstraße (grundlegende Erneuerung von Kanal, Wasserleitung und Straße sowie Erneuerung des Stromnetzes durch die GEO und Verlegung eines Leerrohrsystems für einen späteren Breitbandausbau) als das größte Tiefbauprojekt des Jahres 2016 vor. Die Baumaßnahme beginnt am 29.08.2016 und soll bis zum 31.05.2017 abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten betragen rund 1,1 Millionen Euro, davon sind 600.000 € abrechnungsfähige Kosten, die zu 95% (= 570 000 €) auf die Anlieger umgelegt werden. Im Haushaltsplan waren 850.000 € vorgesehen; die Abweichungen/Mehrkosten ergeben sich vor allem durch den schlechten Zustand des Unterbaus, der sich erst durch Probebohrungen dargestellt hat. Herr Ammon räumt ein, dass es während der Bauarbeiten zu Behinderungen und Einschränkungen der Anlieger kommen werde, die jedoch zumutbar seien, da die Maßnahmen abschnittsweise durchgeführt werden und jederzeit eine Durchfahrt gewährleistet sei

Der Gemeinderat folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Auftrag an den günstigsten Bieter der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben. Demnach erhält die Firma Astra aus 73527 Schwäbisch Gmünd den Auftrag über die Tiefbauarbeiten für Kanal, Wasser, Straße, Kabel und Leerrohre zum Angebotspreis von brutto 985.237,72 €.

Dieter-Rams-Straße - Vergabe der Bauarbeiten

Durch die Herstellung der Dieter-Rams-Straße werden die Firmen Richter, Dalach und Emag über die Nordumfahrung erschlossen. Auch hier werden 95% der beitragsfähigen Kosten auf die Anlieger umgelegt. Bürgermeister Brütting betonte die Wichtigkeit der Erschließungsstraße für das wachsende Industriegebiet. Die Ausschreibung erfolgte wie bei der Brühlstraße öffentlich. Das günstigste Angebot der Firma Astra liegt im Rahmen der Kostenberechnung und der entsprechend im Haushaltsplan eingestellten Beträge.

Das Gremium stimmte **einstimmig** der Vergabe des Auftrags über die Herstellung der Dieter-Rams-Straße an die Firma Astra aus Schwäbisch Gmünd zum Angebotspreis von brutto 168.084,34 € zu.

Gmünder Straße – Vergabe der Ingenieurleistungen

Bürgermeister Brütting informierte einleitend über den Sachstand: Die Gmünder Straße, L 1161, wurde 2015 durch den Bau des neuen Kreisverkehrs, der Bushaltestelle, der Linksabbiegespur für den Rewe-Markt, bis zur Einmündung Jakob-Uhlmann-Straße grundlegend erneuert. Nun soll der Straßenbelag von der Einmündung Jakob-Uhlmann-Straße bis zum Postplatz, der in einem sehr schlechten Zustand ist, erneuert werden. Das Land Baden-Württemberg hat die Übernahme der Kosten für die Belagssanierung zugesagt. Für den in der Straße vorhandenen Kanal, die Wasserleitung und die Gehwege ist die Stadt Heubach zuständig. Auch die im Rahmen des Lärmaktionsplans für die Gmünder Straße vorgesehenen Maßnahmen sollen bei der Sanierung berücksichtigt werden. Die geschätzten Kosten liegen bei rund einer Million Euro für die Stadt Heubach und 270.000 € für das Land B-W.

Herr Ammon legte dar, dass für die Durchführung der Maßnahme ein Ingenieurbüro benötigt wird; dazu wurden zwei Angebote einholt.

Der Gemeinderat folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Ingenieurbüro Bartsch aus Heubach mit den erforderlichen Ingenieurleistungen zum Honorarvorschlag von brutto 107.174,07 € zu beauftragen.

Pumptrack

Der Leiter des Jugendbüros Manuel Huber stellte dem Gremium den in der Stellung geplanten Pumptrack (= geschlossener Rundkurs mit Wellen, Steilkurven und Sprüngen, für alle Rollsportarten geeignet) vor. Vom ursprünglich vorgesehenen Standort am Skaterpark in der Mögglinger Straße wurde aus Platzgründen Abstand genommen; es soll nun das Gelände des ehemaligen Bolzplatzes, neben dem Bouleplatz genutzt werden und damit auch Synergien zu den etablierten Events wie Bike the Rock und Kidstown geschaffen werden. Die Idee des Pumptracks entstand im Zusammenhang mit Überlegungen zum 40jährigen Jubiläum des Stadtjugendrings; zu diesem Anlass sollte für die Jugendlichen etwas Besonderes und Nachhaltiges geschaffen werden.

Die Kosten von rund 38.000 € sind durch Landeszuschüsse (22.840 €), Sanierungsprojekt „Soziale Stadt“) sowie Spenden des Stadtjugendrings (10.000 €) und der RaiBa (2.500 €) so gut wie finanziert. Der von der Stadt zu investierende Restbetrag liegt bei rund 2.700 €.

Bürgermeister und Gemeinderat lobten das Engagement von Jugendbüro, Stadtjugendring und der Jugendlichen, die sich mit Eigenarbeit in das Projekt einbringen werden, sowie die vorbildliche

Vorgehensweise im Hinblick auf die Einbindung der Beteiligten (Anwohner und Vereine) und stimmten **einstimmig** für die Realisierung des Pumptracks.

Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des beschließenden Ausschusses „Stiftung Heubach“

Gemäß der Stiftungssatzung besteht der Stiftungsrat neben dem Bürgermeister aus fünf Mitgliedern des Gemeinderats. Bei Zugrundelegung des Höchstzahlverfahrens nach Sainte Laguë/Schepers erhalten bei fünf zu verteilenden Sitzen die CDU- und UB-Fraktion jeweils zwei Sitze und die BL-Fraktion einen Sitz. Die Fraktionen hatten der Verwaltung Vorschläge zur Besetzung des beschließenden Ausschusses „Stiftung Heubach“ vorgelegt. Auf dem nach der Gemeindeordnung für die Zusammensetzung vorgesehenen **Wege der Einigung** (einstimmig, ohne Widerspruch) wurden folgende Mitglieder und Stellvertreter gewählt: Ordentliche Mitglieder für die CDU-Fraktion: StRätin Ellen Renz und StRätin Marie-Luise Zürn-Frey; als Stellvertreter StRätin Julia Gaiser und StR Norbert Frey. Für die UB-Fraktion: StRätin Anika Sturm und StR Tillmann Weiler als ordentliche Mitglieder; StRätin Anke Wölz und StR Heinz Pfisterer als Stellvertreter. Und für die BL-Fraktion als ordentliches Mitglied StR Martin Kelbaß sowie StR Markus Bretzler als Stellvertreter.

Annahme von Spenden für das 1. Halbjahr 2016

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner stellte dem Gremium den Bericht über die im ersten Halbjahr 2016 eingegangenen Spenden von insgesamt 10.964,43 € vor. Demnach hat die Stadt Heubach 226,00 € von insgesamt 21 Spendern zugunsten der Partnerstadt Anderamboukane und 10.738,43 € für verschiedene städtische Veranstaltungen und Zwecke (u.a. Kinderfest, Wunschbaumaktion, Unterstützung von Flüchtlingen) erhalten. Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **einstimmig** zu und Bürgermeister Brütting dankte den Spendern für ihre Zuwendungen

Bekanntgaben und Sonstiges

- Bürgermeister Frederick Brütting teilte mit, dass die in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossene **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Heubach** vom Landratsamt geprüft und nicht beanstandet wurde.

Er informierte außerdem über die **Anschaffung eines Dreiseitenkippers für den Bauhof**. Im Haushaltsplan sind dafür 30.000 € eingestellt, die tatsächlichen Kosten für das gebrauchte Fahrzeug werden 34.000 € betragen. Das Volumen liegt in der Bewirtschaftungsbefugnis des Bürgermeisters (35.000 €).

- StR Thomas Abele bat angesichts des abgesagten Vorspiels der Jugendmusikschule im Saal der Silberwarenfabrik darum, die **Termine** im nächsten Jahr besser abzustimmen.

Bürgermeister Brütting bestätigte, dass es sich um eine kurzfristige Entscheidung gehandelt habe, die Sitzung in die Silberwarenfabrik zu verlegen und für 2017 eine bessere Planung (alle Sondersitzungen des Gemeinderats in der Silberwarenfabrik) vorgesehen ist. Das Angebot der Verwaltung, das Vorspiel in den kleinen Saal der Stadthalle zu verlegen, sei von der Jugendmusikschule nicht angenommen worden.

- StRätin Ellen Renz dankte dem Bauhof und der Feuerwehr für ihr Engagement beim **Kinderfest** und stellte fest, dass der Start der „Stiftung Heubach“ erfolgreich war - rund 4.000 € an Spenden und 650 € mit dem Verkauf von Rettichbrot konnten eingenommen werden. Sie regte außerdem ein rückblickendes Gespräch mit den Schulleitern und Frau Helmle (in der Stadtverwaltung für die Organisation des Kinderfests zuständig) an.

StRätin Renz bat des Weiteren darum, die Holzdecke im Außenbereich der Aussegnungshalle auf dem Heubacher Friedhof in Augenschein zu nehmen, die dringend saniert werden müsse.

- StRätin Julia Gaiser merkte an, dass ihres Erachtens Auf dem Sand sowie in der Scheuelbergstraße und der Böbinger Straße **Hundekotbehälter** fehlen und dass am Rosenstein-Gymnasium im Pausenhof keine **Mülleimer** vorhanden seien.

Hierzu erklärte der Vorsitzende, dass beides geprüft werde.